

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 34.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln

Köln, den 23. August 1918.

Inserationspreis für die oberste Spalte 40 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Köln, Denkerwall 9. Telefonruf B. 1548. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag

19. Jahrg.

Verbandsmitglieder!

Stärkt eure Organisation!
Seid unermüdllich in der Werbung
neuer Mitglieder!

Werkfähigkeit u. Lehrlingsnot.

Ein tieftrauriges Bild zeigt sich uns heute in den holzverarbeitenden Handwerksberufen. Zahlreiche Betriebe sind vollständig geschlossen. Der Meister steht an der Front, die Gesellen mit ihm, und auch der Lehrling von damals hat des Kaisers Ruf folgen müssen. Tausende Pflege- und Fortbildungsstätten der Werkfähigkeit liegen brach. Andere Betriebe sind vollständig auf die Kriegswirtschaft eingestellt worden. Sie fertigen nur Massenware an, die durchweg ohne sonderliche Fachfähigkeit hergestellt werden kann. Was noch übrig bleibt als Pflegestätten der Werkfähigkeit, ist nicht sehr viel. Trotzdem brauchte die Zukunft des Gewerbes nicht zu Besorgnissen Anlass zu geben, wenn die letztgenannten Betriebe und ihre Inhaber ohne Ausnahme sich ihrer Gewerbpflichten voll und ganz bewusst wären. Daß solches nicht der Fall, beweist der fast allenthalben stark hervortretende Mangel an Lehrlingen.

Auf den Lehrlingen beruht die Zukunft des Gewerbes. Ein Gewerbe, das nicht mehr über den notwendigen Nachwuchs verfügt, verfällt. Zahlenmäßige Belege für das ganze Reichsgebiet liegen ja, leider nicht vor; wenn jedoch das Bild, das eine Anzahl Städte geben, das ganze Gewerbe widerspiegelt, dann ist es wirklich Zeit, daß z. B. im Schreinergerber Schritte zur Gewinnung eines zahlenmäßig stärkeren Nachwuchses getan werden. Die alte zünftlerische Artbildung, die Lage des Berufs zu heben durch Unterbindung des Zustroms zum Gewerbe, kann bei allen Angehörigen einer Gewerkschaft, die das wirtschaftliche Leben nicht aus der Perspektive eines Zunftmeisters von anno dazumal beurteilt, als abgetan gelten. Nicht die Zahl der Gewerbeangehörigen ist für die wirtschaftliche und soziale Lage dieser grundlegend, sondern die Leistungsfähigkeit des Gewerbes und daneben seine äußeren Lebensbedingungen. Wenn trotzdem sehr häufig von den Gewerkschaften Warnungstafeln vor Lehrlingszuchterei aufgestellt wurden, so geschah das nicht zu dem Zweck, die Zahl der Berufsangehörigen an sich zu beschränken, sondern um dem Zustrom untauglicher nicht gut ausgebildeter Elemente in den Beruf zu begegnen. Und das ist auch heute noch der Kernpunkt der Sache: Untaugliche Gewerbeangehörige bringen ein Gewerbe herunter. Je stärker sie vertreten sind, um so schneller wird das geschehen. Taugliche Angehörige kann ein Beruf nie zu viel haben. Sie ipornieren sich gegenseitig zu immer vollkommeneren Leistungen an und können auch vermöge ihrer Tüchtigkeit einen großen Einfluß auf die äußeren Lebensbedingungen ihres Gewerbes gewinnen.

Deutschlands Wirtschaftsleben steht vor einem neuen Abschnitt. Wenn wir nicht mit dem Wirtschaftskriege nach dem Kriege rechnen wollen, so verbleibt uns doch immerhin eine ganz gewaltige Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens. Unsere Volkzahl zwingt uns zum Absatz eigener gewerblicher Erzeugnisse im Ausland. Wir müssen da den Konkurrenzkampf mit anderen Ländern aushalten können. Können wir das nicht, so bedeutet das Deutschlands Niedergang. Walter Rathenau, der mit den Augen eines Sehers die Zukunft überblickt, findet eines der Hilfsmittel zur Durchsetzung Deutschlands auf dem Weltmarkt in der Typisierung und damit in der Verbilligung unserer Erzeugnisse. Man kann dem zustimmen, ohne aber dieses Mittel als das alleinige Heil anzusehen. Zweifelsohne ist in der Welt nicht nur Bedarf an Massenware — die natürlich auch Qualitätsware sein muß — sondern auch an Gebrauchsgütern, die der individuellen Art in Zivilisation und Kultur hochstehenden Menschen entsprechen. Würde vor dem Kriege schon immer betont, daß sich Deutschland dauernd die Stellung auf dem Weltmarkt nur sichern könne durch die Lieferung von

Qualitätsarbeit, — nach dem Kriege wird diese Anschauung voll und ganz gerechtfertigt erscheinen.

Wichtig ist, daß uns die Rohstoffe, die zu einer den individuellen Geschmack befriedigenden Qualitätsarbeit gehören, sehr fehlen werden. Das ist aber kein Grund, an der Zukunft des deutschen Qualitätsgewerbes zu verzweifeln. Haben wir tüchtige Arbeitskräfte, wie sie kein anderes Land neben uns aufweisen kann, so kommen wir auch wieder zu den benötigten Rohstoffen. Nicht in Südafrika, wo das Gold gefunden wird, werden die Schmuckachen hergestellt, sondern in Pforzheim, wo man dieses Metall zu meistern versteht. Nicht in den exotischen Ländern, wo man das geeignete Holz dazu aus dem Walde holen kann, werden Bandwebstühle angefertigt, sondern in Harmen, wo tüchtige Getauenschreier anständig sind.

Was wir für die Zukunft vor allem brauchen, sind **berufstüchtige Menschen**. Davon ist Deutschlands Zukunft in erster Linie abhängig. Woher aber soll die Berufstüchtigkeit kommen, wenn nur so wenig junge Leute der Erlernung eines Berufs zugeführt werden!

Die Gründe, die viele Eltern davon abhalten, ihre Jungen einem Handwerk zuzuführen, sind zumal jetzt in der schweren und teuren Zeit wohl verständlich. Man kann den Eltern wirklich nicht zumuten, ihren Jungen in die Lehre zu geben, um niemals von ihm etwas zu haben. Schicken sie ihn in die Fabrik als jugendlichen Arbeiter, so verdient er soviel, daß sein Einkommen die Lebenshaltung der ganzen Familie wesentlich erleichtert. Und die Aussichten im späteren Alter, als gelernter Facharbeiter mehr zu verdienen, locken ja auch keineswegs zur Erlernung eines Berufs. Die Freude am Beruf ist gewiß ein nicht zu unterschätzendes Lebenselement. Wichtiger aber noch ist, daß der Beruf auch die Möglichkeit zur Erlangung eines Daseins gewährt, das dem allgemeinen Kulturstande des Volkes entspricht. Hier aber liegt der wunde Punkt, an dem eine Gesundung des Lehrlingswesens scheitert.

Eingesehen muß man im Handwerk, daß andere Opfer für die Herausbildung des Nachwuchses gebracht werden müssen als bisher. In einer Zeit, wo der jugendliche Arbeiter soviel verdient, daß er sich selbst durchs Leben schlagen kann, kann man nicht den Lehrling drei Jahre und länger ohne jegliche Vergütung ausnutzen, ihn von seinem Eltern ernähren lassen und hinterher dann dem gelernten Facharbeiter einen Lohn anbieten, für den kein ungelernter Arbeiter mit guter Auffassungsgabe unter den heutigen Verhältnissen arbeitet. Entweder muß man im Handwerk die Lehrzeit für die Eltern des Jungen herab erleichtern, daß ihrerseits von einem Opfer nicht mehr gesprochen werden kann — dann bedeutet das eine Entlohnung der Lehrlinge, wie sie heute nicht ist. Oder aber, man muß im Handwerk den Gesellenlohn so stellen, daß die Opfer der Lehrzeit nicht umsonst gebracht sind. Aber keines von beiden wollen unsere Handwerksmeister. In alter Treue halten sie fest an dem Grundsatz, daß der Lehrling umsonst und der Geselle möglichst billig arbeiten muß, eben weil sie Handwerker, — das heißt mehr als Arbeiter — sind. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn gerade diejenigen Handwerkskreise, die nicht genug über die Werkfähigkeit und die Lehrlingsausbildung reden und schreiben können, die heftigsten Gegner einer den Verhältnissen angepaßten Lohnerhöhung für die Gesellen sind. Mit einer derartigen Gewerbspolitik wird man niemals zum Ziel kommen. Ohne das stete Bestreben, den Gesellen einen höheren Lohn zu bieten, als dem ungelerten und ungelerten Arbeiter in den Fabrikbetrieben gezahlt wird, ist alle Gewerbebeförderung Sisyphusarbeit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 34. **Wochenbeitrag** im Jahr 1918 für die Zeit vom 18. bis 24. August fällig ist.

Teilzahlungen an die Hauptkasse. Bei den erhöhten Einnahmen infolge der allgemein durchgeführten Beitragsreform, erscheint es mehr als bisher geboten, daß die Kassierer wieder regelmäßig, mindestens aber monatlich einmal, Teilzahlungen an die Hauptkasse einsenden. Sehr viele Kassierer schicken bisher den ganzen Anteil der Hauptkasse erst mit der Abrechnung am Schluß des Vierteljahres ein. Mit diesem Gebahren muß jetzt endgültig gebrochen werden, zumal ab 1. Juli von den Beiträgen an die Hauptkasse bekanntlich 85% einzusenden sind. Wir werden in Zukunft wieder jeden Monat die erfolgten Teilzahlungen im Verbandsorgan nach Bezirken geordnet, bekannt geben. Die nächste Veröffentlichung der bis dahin geleisteten Teilzahlungen erfolgt in der Nummer 36 des „Holzarbeiter“. Sämtliche Kassierer werden deshalb hiermit nochmals auf die Einsendung von Teilzahlungen hingewiesen.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr. 17 488, Lorenz Heilmann; Nr. 39 543, Bernhard Ferklinghoff. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Lauterbach (Schwarzwald). Eine von unserem Verband an die Firma Fleig & Cie., Goldbleistenfabrik, gerichtete Eingabe um Gewährung weiterer Teuerungszulagen hatte zur Folge, daß alle Arbeiter eine 20prozentige Erhöhung der Teuerungszulage erhielten. Letztere erhöht sich dadurch auf 60% des Stundenverdienstes. Die Kollegen, die hier unter besonders mißlichen Verhältnissen arbeiten müssen, ersehen hieraus, daß die Organisation ihr bester Helfer ist. Leider läßt aber der Betrieb im Punkt Organisation noch zu wünschen übrig.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dortmund. Angesichts der vielerorts schon vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot sei auf die Denkschrift der Stadt Dortmund „über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot“, die der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Begründung zahlreicher Anträge vorgelegt hat, verwiesen. Die Denkschrift bietet reichliche, aus der Fülle der Praxis geschöpfte Belehrung über das drängende Problem und zugleich zeigt sie, daß man in Dortmund gewillt ist mit Tatkraft gegen das Uebel anzukämpfen. Auf den verschiedensten Wegen ist man in Dortmund bemüht diesen Kampf zu führen. Einmal ist man nachdrücklich auf die möglichste Ausnutzung der bereits vorhandenen Gebäude bedacht, aber das Ergebnis wird voraussichtlich doch nur ziemlich schmal sein. Sodann hat man sich auch der Aufbarmachung der militärischen wie der industriellen Baracken zugewandt; hier ist das Ergebnis fast gleich Null. Auch die Schaffung von Kleinhäusern auf der Grundlage neuer vereinfachter Bauverfahren und Baustoffe (z. B. Kesselschleie und Lehmzylinderbau) hat die Stadtwirtschaft Dortmund einer Prüfung unterzogen, und ein besonderes Preisauschreiben hierfür sowie die Errichtung von Probebauten sollten in die Wege geleitet werden. Als Hauptabhilfsmittel hat sich auch in Dortmund vorderhand die Errichtung von massiven Neubauten ergeben, und hier kommt der Wohnungsfürsorge der Stadt die bevorstehende umfassende Bautätigkeit der industriellen Werke sowie auch gemeinnütziger Körperschaften zustatten. Auch greift die Stadt auf die mannigfaltigste Weise fördernd und stützend ein oder bekennt sie noch einzugreifen; durch Gründung einer besonderen großen gemeinnützigen Dortmunder Siedlungsgesellschaft, durch eine Sonderbaupolizeiverordnung für Kleinhäuser, Beschaffung von Baumaterial, Gewährung von Zuschüssen und Bürgschaften, eigene Bautätigkeit, Übernahme von Straßenkosten, Befreiung von der Umjahsteuer usw. Hoffen wir, daß das schöne Programm der Stadt Dortmund auf dem Gebiete der Wohnungsherstellung eine reifliche Verwirklichung erfährt.

Mülheim-Ruhr. Nach längerer Zeit ist es immer angebracht, einen Rückblick zu werfen auf das in dieser Zeit Geschehene. Mit Befriedigung kann die Ortsgruppe Mülheim auf ihre Arbeit und ihre Erfolge zurückblicken. Vor dem Kriege konnte es die Ortsgruppe zu einem nennenswerten Mitgliederstande trotz ruhiger Agitation nicht bringen. Der Krieg brachte eine Wandlung zum Besseren. Viel dazu beigetragen haben die Erfolge, die unsere Ortsgruppe für sich in Anspruch nehmen kann. Im Jahre 1915 betrug der Stundenlohn noch 58 Pfg. Die Mitgliederzahl betrug 80 Kollegen. Durch stetige und zielbewusste Arbeit ist es uns gelungen, den Stundenlohn auf 1,35 auf 1,40 Mk. heraufzubringen. Mit der Arbeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde auch die Agitation nicht vernachlässigt. Diese brachte unsere Ortsgruppe auf etwa 140 Mitglieder. 60 Neuaufnahmen haben wir für dieses Vierteljahr schon zu verzeichnen. Auch die Privatbetriebe sind daran mit einer nennenswerten Zahl beteiligt. — Eine interessante, die geschlossene Einigkeit der Kollegen auf der Raschenastraße 255en & Co. zeigende Lohnbewegung ist jetzt zum Abschluß gelangt. Die Forderung war gestellt auf 1,50 Mk. Stundenlohn. Da die Firma zuerst nichts bewilligen wollte, wurde am Montag, den 22. Juli, morgens 9 1/4 Uhr in der Schreinerei die Arbeit geschlossen eingestellt. In der Speisehalle des Werkes sammelten sich die Kol-

legen und Kolleginnen zu einer Versammlung, in der die Wünsche der Kollegenschaft erneut in milderer Weise zum Ausdruck gebracht wurden. Nach Schluss dieser Versammlung gingen die Kollegen ebenso geschlossen wieder an ihre Arbeit, wie sie dieselbe verlassen hatten. Die weiteren Verhandlungen mit der Direktion hatten dann den Erfolg, daß eine Stundenloohnerhöhung von 16 Pfg. sofort in Kraft trat. Auch die Zeit, die die Kollegen durch die Versammlung versäumt hatten, wurde bezahlt. Da haben die Kollegen mal so recht erfahren, was die geschlossene Einigkeit vermag. Auch unsere Kolleginnen haben aus diesen Vorkommnissen die Nutzenwendung gezogen. 38 Kolleginnen haben bis jetzt im Betriebe ihren Beitrag zum Verbandsvollzuge. Auch denen ist eine Lohnerhöhung zugesagt, die sich bei der nächsten Lohnung bemerkbar machen wird. Dazu kommt jetzt für die gesamte Arbeiterschaft des Werkes die Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden die Woche, bei der ebenfalls wieder als Lohnausgleich 2% zugesagt sind. Alles dieses sind Erfolge, die die Rülheimer Kollegen mit berechtigtem Stolz erfüllen können. Wägen sich darum auch die letzten noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen unserem Verbande anzuschließen, damit wir auf dieser Grundlage weiter bauen und zu weiteren Erfolgen schreiten können.

Gewerkschaftliches.

Kriegsamt und Lohnbemessung.

Vor kurzem durchlief eine der „Koblenzer Zeitung“ entnommene interessante Notiz die Presse. Die Schwemmersteinfabrikanten des Rheinlandes bedenkten sich gegenüber einigen Ausenstern, die 12 Mt. Arbeitslohn für 1000 Steine zahlten, auf einen Arbeitslohn von 10 Mt. gemindert. „Die Kriegsamtstelle Koblenz“, so hieß es dann weiter, „hat sich bereit erklärt, auf die Dauer des Krieges die Durchführung dieser Vereinbarung zu überwachen, und durch die Sperrung der Kaltzufuhr, sowie Verweigerung der Freigabe von Schwemmersteinen diejenigen Fabrikanten zu strafen, die trotz der Vereinbarung es auch weiterhin versuchen wollten, durch offene oder verdeckte Mehrzuwendung die hiesigen Arbeiterkreise zu beunruhigen.“ — Vor dem Kriege betrug der Arbeitslohn 4,70 bis 5.— Mt., der Verkaufspreis 17—22 Mt. für 1000 Steine. Gegenwärtig steht der Verkaufspreis auf 55—60 Mt. und höher. Es ist an Hand dieser Zahlen leicht zu prüfen, daß der Unternehmergewinn in der Kriegszeit eine erheblichere Steigerung erfahren hat wie der Arbeitslohn. Trifft die Zeitungsmeldung inhaltlich zu — widerrufen ist sie bisher nicht — so stehen wir vor der Tatsache, daß die Koblenzer Kriegsamtstelle ihre Nachbeurteilung einseitig zu Gunsten der Schwemmersteinfabrikanten ausübte.

Das Bestreben, durch bessere Bezahlung Arbeiter zu erhalten, zeigt im Rheinland auch einige Baufirmen. Das erregte natürlich das Mißfallen derjenigen baugewerblichen Arbeitgeber, die sich „streng an die tariflichen Vereinbarungen halten.“ Sie fühlten sich ebenso „beunruhigt“ wie die Schwemmersteinfabrikanten. Wahrscheinlich auf ihre Anregung hat sich deshalb die Koblenzer Kriegsamtstelle veranlaßt gesehen, den Arbeitgebern des Baugewerbes nahezu legen, sich bei der Entlohnung der Arbeiter an die tariflichen Bestimmungen zu halten. Dabei sind die Tariflöhne der Bauarbeiter — im Baugewerbe kennt man nur Einheitslöhne — durch die Entwicklung der Preisverhältnisse längst nicht mehr zeitgemäß und bedürfen sie dringend einer Nachprüfung.

Auch die Tariflöhne der Holzarbeiter entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Eine ansehnliche Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Bei dem Bestreben zur Erzielung angemessener Löhne finden die Holzarbeiter zweifelslos nach den vorgegebenen Beispielen — kein sonderlich großes Verhältnis bei den Kriegsamtstellen und damit auch wohl bei den Schlichtungsausschüssen für ihre Wünsche. Es bleibt daher keine andere Möglichkeit, als durch die Anpassung der Tarifverträge an die tatsächlichen Verhältnisse der Kriegsamtstellen entgegenzukommen. Bestehen letztere darauf, daß nur die Tarifverträge zu gelten haben und daß alles, was darüber hinaus geht, zur „Beunruhigung“ der Arbeiterschaft führt, so bleibt den Holzarbeitern gar keine andere Wahl, als die Tariflöhne ganz ansehnlich zu erhöhen. Selbst die jetzt den Arbeitgeberorganisationen eingereichten Lohnforderungen müßten zur späteren Vermehrung unliebsamer Einwirkungen der Kriegsamtstellen, einer Revision unterzogen werden.

Soziale Rundschau.

Die Teuerung der Lebensmittel.

Nach den Salwer'schen Feststellungen betragen die Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie in einer Woche im Monat April

1913	1914	1915	1916	1917	1918
M 25.61	25.96	34.41	51.99	54.81	57.13

Der Stand von 1918 zeigt gegen 1914 eine Steigerung von 128,6 Prozent. Den Berechnungen von Salwer ist die dreifache Friedensration eines Marinevolkaten zu Grunde gelegt. Die Berechnung ist also aufgebaut vielfach auf Lebensmittel, die überhaupt oder doch nur in schlechter Qualität zu haben sind. Es treten an

deren Stelle schlechtere und teurere Ersatzartikel. Dazu die Ergänzungen zu Fleischhandelspreisen. Nach den Mitteilungen des preussischen statistischen Amtes stieg der Preis vom September 1915 bis September 1917

für 1 Hühnerrei	von 8.6 auf 34.5 Pfg. = 301%
1 kg Rostfleisch	91.7 " 324.4 " = 253 "
1 " Schmalz	7.1 " 20.5 " = 188 "
1 " Butter	269.7 " 588.9 " = 120 "
1 Liter Vollmilch	21.1 " 37.9 " = 70 "

Bei Fleisch ist ebenfalls eine Verdoppelung eingetreten. Bei Gemüse und Obst sind die Steigerungen ganz ungeheuerlich. Sie betragen 300 bis 400 Prozent. Rechnet man dazu die Teuerung der Kleidung, die 1000 bis 1500 Prozent beträgt, so kann man daraus auch die schlechte Lage der breiten Volksschichten ermessen. Was besagen alle bisherigen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen gegen solche Preissteigerungen! Solange aber die maßgebenden Stellen nicht in der Lage sind, der Preissteigerung Einhalt zu gebieten, muß man von ihnen auch erwarten, daß sie den Bestrebungen der Arbeiterschaft zur Erlangung eines höheren Einkommens keine Hindernisse bereiten.

Die Vorbereitungen für die 9. Kriegsleihe haben begonnen. Unenthalten wird eifrig gerüstet, um ihr einen vollen Erfolg zu sichern. In diesem Streben offenbart sich eine so selbstverständliche Pflicht, daß darüber kaum ein Wort verloren zu werden braucht. Das deutsche Volk wird auch heute noch von seinen Feinden in seinem Lebensdasein bedroht. Unsere Gegner haben trotz der erlittenen furchtbaren Niederlagen immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Deutschland niederringen zu können. Solange dieser Wille besteht, und wie er sich immer wieder in den unersöhnlichen und hochhaften Taten der feindlichen Staatsmänner kundgibt, die unser tapferes Heer als eine Pest bezeichnen, die ausgerottet werden müßte, bleibt dem deutschen Volk trotz seiner so oft betonten Friedensliebe und Friedensbereitschaft nichts anderes übrig, als mit den schärfsten Waffen Abwehr und Angriff durchzuführen. Das geschieht nicht nur mit dem Schwert, sondern auch durch treue Heimatsarbeit und der Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel. Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung hat bei den bisherigen Kriegsleihen ihre Ehre dazwischen gesetzt, auch ihrerseits zu einem vollen Erfolg der Anleihen beizutragen. Sie hat zu diesem Zweck den besonders empfehlenswerten Weg der Kriegsleiheversicherung gewählt, der es auch den minderbemittelten ermöglicht, sich weit über ihre verfügbaren Barmittel an der Kriegsleihe zu beteiligen. Die damit verbundene Versicherung auf den Tod oder Erlebensfall gewährt zugleich einen eminenten Schutz für die unvermeidbaren Wechselfälle des Lebens. Auch bei der 9. Kriegsleihe tritt die Deutsche Volksversicherung mit ihrer Kriegsleiheversicherung auf den Plan. Umfassende Verbesserungen sind dafür in Vorbereitung. Wir handeln im Interesse des Landes und im persönlichen Vorteil, wenn wir diesen Bestrebungen unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen. Auskunft erteilt das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften (Abt. Volksversicherung), Köln, Venloerwall 9.

Teuerungszuschläge auf Militärrenten. Mit Wirkung ab 1. Juli d. J. werden auf die infolge Kriegsdienstbeschädigung erworbenen Militärrenten Teuerungszuschläge bezahlt, sofern die Militärrente wenigstens 50 Prozent der Vollrente beträgt. Es werden gewährt:

bei 50 Proz. bis einschließlich 60 Proz. Erwerbsumfähigkeit bis 120 Mt. jährlich	70	180
70	80	240
80	90	300
90	100	360
100	Erwerbsumfähigkeit	432

Empfänger bedingter Renten erhalten die Hälfte dieser Zuschläge. Die Teuerungszulagen werden in monatlichen Raten bis auf Widerruf gezahlt.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die Jänner Tagung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe hat keinen Chronisten gefunden, der über ihren Verlauf einer größeren Zahl von Interessierten Kenntnis gibt. Was die „Fachzeitung“ darüber berichtet, ist recht wenig. Wahrscheinlich hat man besondere Gründe, für die sich auf wenige Ausführungen beschränkende Berichtserstattung. Am Freitag den 2. August trat der Gesamtvorstand des Schutzverbandes bereits zu Verhandlungen zusammen, die sich bis Nachmittags hinzogen. Darüber, wie auch über die Generalversammlung der Streikentschädigungsklasse des Schutzverbandes erfahren wir nur, daß diese Verhandlungen stattfanden. Nicht viel mehr wird über die Generalversammlung des Schutzverbandes, besonders nicht über die hier zur Beratung stehenden Anträge der Arbeiter auf Erhöhung der Teuerungszulagen, gemeldet. Die Teuerungszulagenverhandlung „nahm geraume Zeit in Anspruch“. Die Forderungen der Arbeiter „erfahren in einzelnen Punkten eine scharfe Kritik“. Dem Vorschlage des Zentralvorstandes entsprechend wurde dann eine Kommission gewählt, die mit den Arbeiterorganisationen verhandeln soll. Die Kommission besteht aus den Herren: Komiehnz-Breslau,

Wolfram-Hamburg, Kalisch-Berlin, Braich-Bremen, Schildknecht-Stuttgart, Thiele-Hannover, Hagenah-Leipzig und einem noch von den Verbänden Rheinlands zu wählenden Vertreter.

Weiter beschäftigte sich die Generalversammlung noch mit dem Arbeitskammeregesetzentwurf, der Holzbeschaffung und der Anhebung der § 153 der G.-O. Zum Arbeitskammeregesetzentwurf wurde eine Entschließung angenommen, die sich für sachlich gegliederte Kammern ausdrückt. Bezüglich der Holzbeschaffung sind vom Schutzverband Schritte unternommen. Hervorgehoben wurde, daß von gewissen Seiten wucherliche Holzpreise verlangt würden, die in dem fälschlich behaupteten übermäßigen Anstiege der Preise bei den forstlichen Holzverkäufen keinerlei Berechtigung finden. — Als Ausgleich an die Arbeitgeber für den aufgehobenen § 153 G.-O. verlangte die Generalversammlung die Aufhebung des § 152 G.-O. Zweifelslos erwartet man dadurch die Möglichkeit zu einem besseren Eingreifen gegen widerpensliche Arbeitgeber, die sich schamacherischen Plänen nicht gefügig zeigen. Fällt der § 152 G.-O., so können die Arbeitgeberverbände schon in ihren Satzungen Bestimmungen treffen, die alle Mitglieder mit den stärksten Mitteln den Anordnungen der Leitung gefügig machen.

Beitragsverhöhung bei den Arbeitgebern. Die freie Vereinigung der Holzindustriellen in Berlin hat beschlossen, den Wochenbeitrag für jeden beschäftigten Arbeiter von 20 auf 40 Pfg. zu erhöhen. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, die Streikentschädigung pro Tag und Arbeiter von 1 auf 2 Mt. heraufzusetzen. Der Vorgang lehrt, daß sich auch die Arbeitgeber des Holzgewerbes für spätere Kämpfe rüsten und daß auch sie die Leistungsfähigkeit der Organisation nach der Höhe des Beitrages werten. Zugleich beweisen die Arbeitgeber mit jener Beitragserhöhung, daß die Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter nicht wie so oft behauptet wird, zu hoch sind. Wenn schon 40 Pfg. Beitrag gezahlt werden müssen, um 12 Mt. Streikunterstützung die Woche zu erhalten, dann ergibt sich klar und deutlich, daß die Leistungen der Gewerkschaften an Unterstützungen für die gezahlten Beiträge eher zu hoch als zu niedrig sind.

Aus dem gewerblichen Leben.

Ein Holzforschungsinstitut. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Wissenschaften hat in den letzten Jahren eine Reihe von Forschungsinstituten begründet, die sich mit der Kohlenforschung, der Kokerie, Eisenhüttenkunde, Metallkunde, Textilforschung u. d. befassen. Nun taucht auch der Plan eines Holzforschungsinstitutes auf. Eine solche Einrichtung wäre nur sehr zu begrüßen, da die Erforschung der technischen Eigenschaften des Holzes noch in den Anfängen steht und dringender einer kräftigen Weiterführung bedarf. Gerade die Kriegszeit, die uns die Abschließung vom Weltmarkt brachte, hat gezeigt, welche ungeheuren Werte in dem Holzreichtum Deutschlands stecken. Erinnert sei nur an die Gewinnung von Zellstoff aus Holz und dessen Weiterverarbeitung zu Sprengstoffen, Verbrennstoffen, Gemenen u. d. Aus Holz gewinnt die chemische Industrie essigsauren Kalk und Spiritus. Die Ausnutzung des Harz- und Stärkgehalts der Bäume kann ohne Zweifel noch zu einer großen Entwicklung führen. Eine intensive und systematische Forschung aber erweist sich zu all dem notwendig. Da die Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aber von den interessierten Berufskreisen selbst errichtet und unterhalten werden müssen, müßten auch die Holzindustriellen, die an der Holzverarbeitung beteiligt sind, namhafte Opfer bringen, soll der Plan eines Holzforschungsinstitutes verwirklicht werden.

Die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft weist 10 501 versicherte Betriebe auf. Von diesen hatten im Jahre 1917 nicht weniger wie 3088 den Betrieb vollständig eingestellt. Weitere 2161 Betriebe wiesen keine versicherungspflichtigen Personen auf. In den übrigen 5252 Betrieben wurden 33 590 Vollarbeiter nachgewiesen. Das sind gegen das Vorjahr 2775 Vollarbeiter mehr. Zum Teil erklärt sich die Steigerung der Vollarbeiter aus der erstmaligen Aufhebung der beschäftigten Kriegsgefangenen. Während im Jahre 1916 auf den Vollarbeiter eine Jahreslohnsumme von 1126 Mt. ausgewiesen wurde, betrug die Lohnsumme im Jahre 1917 auf den Vollarbeiter 1396 Mt. In Anbetracht der riesigen Teuerung und der guten Gewinnergebnisse in der Holzindustrie wirkt die Steigerung nicht gerade erhebend.

Eisenbahnverkehrsmittel A.-G. in Berlin. Diese aus der Waggonfabrik A.-G. hervorgegangene Gesellschaft, die die Waggonfabrik Bismarck und die Waggonausbesserungswerkstätte der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft in Bilibar übernahm, verteilt für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 18 Prozent. Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre Betriebe in Bilibar und Brühl zu vereinigen.

Lehrmangel im Schreinergerberbe wird aus vielen Städten berichtet. Nicht so scheint es in Dresden zu sein. Hier konnten in der Jahreshauptversammlung der Tischler-Zunft 120 neu eingetretene Lehrlinge gemeldet werden.

Bücher
 aller Art, seien sie gewerkschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen oder unterhaltenden Inhalts, besorgt der christliche Gewerkschaftler nur durch die
Veröffentlichung des Schutzverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Venloerwall 9.

Anzeigen der Zahlstellen.
 Offen. Das Büro unserer Verwaltungsstelle befindet sich jetzt Simbederplatz 26.
 Frankfurt a. M. Das Bezirkssekretariat wie auch die Zahlstelle verlegt ihr Büro nach Bethmannstraße 13 (neben der Allgemeinen Deutschen Krankenkasse).

„Deutsche Arbeit“
 Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.
 Bestellungen können erfolgen bei der Post bei allen Buchhandlungen, beim Verlag, oder bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes.

Durch unsere
Volksversicherung
 auch für Dein Kind zu sorgen,
 ist Deine Pflicht!
Verschieb' es nicht auf morgen!